

wirtschaft

Die Wirtschaft muss von der Politik lernen

640 Wörter
13 November 2006
Basler Zeitung
25
Deutsch
(c) 2006 Basler Zeitung Homepage Address:

baz-gast: prof. **reiner eichenberger***

Überall wird über die hohen Einkommen mancher Manager und Verwaltungsräte geschimpft. Dabei sind die Löhne eigentlich Kleinzeug, wenn sie mit den Folgen anderer Managementfehler wie Fehlinvestitionen, missglückten Fusionen oder verschleppten Nachfolgeregelungen verglichen werden. Aber so oder so: Die Kosten hoher Löhne und Managementfehler tragen vor allem die Aktionäre. Deshalb stellt sich die Frage, ob und wie der Staat zugunsten der Aktionäre eingreifen soll.

Gegen solche Staatseingriffe wird oft eingewendet, sie seien überflüssig, weil unzufriedene Aktionäre ihre Aktien ja verkaufen und sich so vor schlechter Unternehmenspolitik schützen könnten. Doch das ist falsch. Denn an der Börse werden schlecht geführte Unternehmen tief bewertet. Wenn also die Aktionäre merken, dass die Firma schlecht geführt ist, ist der Verlust in Form von tiefen Aktienkursen schon entstanden, und ein Ausstieg bringt nichts mehr. Der Aktienmarkt schützt die Aktionäre also nicht. Deshalb kann der Staat sehr wohl etwas für die Aktionäre tun.

Griffiges Aktienrecht. Was aber soll der Staat tun? Keinesfalls sollte er direkt in die Unternehmenspolitik reinreden. Dazu fehlen ihm sowohl die Fachkompetenz wie auch die richtigen Anreize. Vielmehr ist es seine Aufgabe, ein griffiges Aktienrecht zu schaffen, das die Aktionäre stärkt und der Unternehmensführung Anreize gibt, im Sinne ihrer Aktionäre zu handeln. Genau das will auch der Bundesrat mit seinem Entwurf zur Aktienrechtsreform, an der er nun wieder arbeitet, nachdem die Vernehmlassung vor einigen Monaten abgeschlossen wurde.

Dabei setzt der Bundesrat zu Recht auf die Stärkung der Aktionärsdemokratie. Insbesondere sieht er die jährliche Wiederwahl des Verwaltungsrats durch die Aktionäre vor. Doch die entscheidende Konsequenz zieht er nicht. Denn genau genommen haben weder das heutige Aktienrecht noch die bisherigen Reformvorschläge viel mit moderner Demokratie zu tun. Das zeigt der Vergleich zur Politik, wo die Bürger gegenüber der Regierung genau das gleiche Kontrollproblem wie die Aktionäre gegenüber der Unternehmensführung haben. In der Politik bedeutet Demokratie vor allem eines: Wettbewerb zwischen Politikern und Parteien um die Stimmen der Bürger. Wirksamen Wettbewerb gibt es aber nur, wenn die Bürger zwischen verschiedenen Parteien und Politikern wählen können. Wirklich demokratisch sind deshalb nur Kampfwahlen, nicht aber blosse Bestätigungswahlen.

Wettbewerb um Aktionäre. Die heutige sogenannte Aktionärsdemokratie funktioniert aber völlig anders. Sowohl die Wahl der Verwaltungsräte wie die Wahl des externen Kontrollorgans zur Rechnungsprüfung sind praktisch nie Kampfwahlen, sondern immer nur Bestätigungswahlen. Die Aktionäre können fast nie zwischen konkreten Alternativen auswählen, sondern nur für oder gegen die Kandidaten stimmen. Sowohl die neuen Verwaltungsräte als auch das Rechnungsprüfungsorgan werden vom Verwaltungsrat vorgeschlagen, oft sogar auf Empfehlung des Topmanagements der betreffenden Firma.

Deshalb gibt es kaum Wahlkämpfe, deshalb werden keine alternativen Programme formuliert, und deshalb wird selten ernsthafte Kritik geübt. Kurz: Deshalb gibt es in der heutigen sogenannten Aktionärsdemokratie kaum echten Wettbewerb um die Stimmen der Aktionäre, deshalb haben die normalen Aktionäre kaum Einfluss, und deshalb hat der Verwaltungsrat einen grossen Spielraum, wenn es um Entscheidungen - insbesondere zur Entschädigungs- und Personalpolitik - geht, die die Eigeninteressen der Verwaltungsräte sowie der ihnen oft nahe stehenden Top-Manager der Unternehmen berühren. Wenn solche Verhältnisse in der Politik herrschen würden, würde kaum jemand von Demokratie sprechen.

Mehr Kandidaten. Was folgt daraus? Für einmal muss nicht die Politik von der Wirtschaft lernen, sondern die Wirtschaft von der Politik. Wie Demokratie funktioniert, wissen wir aus der Politik, und es gilt, die Konzepte auf die Wirtschaft zu übertragen. Die entscheidende Frage ist nicht die Länge der Amtsdauer, sondern dass die Aktionäre endlich über konkrete Alternativen abstimmen können. Dafür braucht es Kampfwahlen. Die gibt es nur, wenn es erstens bei den Verwaltungsratswahlen mehr Kandidaten als Sitze gibt und zweitens bei der Wahl des externen Kontrollorgans die Aktionäre wenigstens zwischen zwei Rechnungsprüfungsfirmen wählen können.

* **Reiner Eichenberger** ist ordentlicher Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg.

Der Aktienmarkt schützt die Aktionäre nicht. Deshalb kann der Staat sehr wohl etwas für die Aktionäre tun.

BAZ01wir06_1_bazgastMK.xml

Dokument BASLRZ0020061113e2bd0003a